

17.01.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

Einsatzkräfte schützen und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaates bewahren – die Landesregierung muss Konsequenzen aus der Silvesternacht ziehen!

I. Ausgangslage

In der Silvesternacht 2022/2023 kam es auch in zahlreichen nordrhein-westfälischen Städten zu schweren Krawallen, Gewaltexzessen und zu brutalen Angriffen auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte. Die Täter sorgten dabei für Chaos und Entsetzen und verursachten bei vielen Menschen im Land Sorgen vor der Entstehung rechtsfreier Räume, die nur schwer wieder in den Griff zu bekommen sind.

Auszüge aus der Presseberichterstattung in den Tagen nach Silvester verdeutlichen, dass das Gewaltproblem nicht nur vereinzelt, sondern an vielen Orten in Nordrhein-Westfalen zutage trat:

So schossen demnach Randalierer in Essen Raketen auf Feuerwehrleute und bewarfen sie mit Böllern, als diese versuchten, mehrere brennende Müllcontainer zu löschen. Ebenfalls in Essen wurden Polizistinnen und Polizisten aus einer Gruppe von Menschen heraus mit Feuerwerkskörpern beschossen. Die Polizeikräfte waren zuvor alarmiert worden, weil sich etwa 200 Menschen gegenseitig mit Feuerwerk beschossen.

In Hagen haben Randalierer Mülltonnen und Sperrmüll angezündet und damit Barrikaden auf der Straße errichtet. Die Einsatzkräfte, die daraufhin kamen, wurden ebenfalls mit Feuerwerksraketen beschossen. Auch in der Bochumer Innenstadt haben rund 300 Menschen Einsatzkräfte mit Feuerwerkskörpern beworfen, nachdem die Polizei einem 17-Jährigen Jugendlichen eine Pistole abgenommen hatte.

In Duisburg sollen sich mehrere Gruppen gegenseitig mit Feuerwerkskörpern beschossen haben. Auch hier wurde die Polizei demnach bei ihrem Eintreffen mit Böllern beschossen und mit Steinen und Glasflaschen beworfen. Dabei wurde ein Streifenwagen beschädigt. Aus einem Stadtteil wurde zudem gemeldet, dass mehrere Menschen E-Scooter angezündet und anschließend Böller auf ein Einsatzfahrzeug der Feuerwehr geworfen haben. Weiterhin wurden durch brennende Mülltonnen und Paletten Straßenbahnschienen beschädigt.

Auch in Bonn haben laut Angaben der dortigen Polizei Jugendliche Müllcontainer angezündet und die Feuerwehr beim anschließenden Löscheinsatz mit Steinen und Pyrotechnik beworfen.

Datum des Originals: 17.01.2023/Ausgegeben: 17.01.2023

Nach Medienberichten soll es darüber hinaus auch in weiteren Städten des Landes zu zahlreichen ähnlichen Vorfällen gekommen sein.

Für besondere Empörung sorgt in diesem Zusammenhang der Umstand, dass es sich bei den Angriffen auf Rettungskräfte um Angriffe auf Menschen handelt, die anderen Menschen in Notsituationen helfen. Solche Taten sind besonders niederträchtig und durch nichts zu rechtfertigen und zu entschuldigen! Sie müssen mit aller Härte, die unserem Rechtsstaat zur Verfügung steht, geahndet werden!

Gewaltsame Übergriffe sind jedoch nicht auf Silvester beschränkt und es gibt nicht „die eine Lösung“, um das Gewaltproblem und die darin zum Ausdruck kommende Ablehnung unseres Staates und seiner Institutionen in den Griff zu bekommen.

Erforderlich ist deshalb einerseits eine konsequente Strafverfolgung der Täter. Wenn unser Rechtsstaat seine Glaubwürdigkeit behalten soll, muss er ein klares Stoppsignal setzen. In der Vergangenheit wurden immer wieder Schwierigkeiten und Defizite im Hinblick auf die Überführung und zeitnahe Bestrafung von entsprechenden Tätern beklagt. So konnten nach aktuellen Medienberichten von rund 50 geschätzten Tätern, die in der Silvesternacht 2020/21 auf dem Marktplatz in Essen-Altenessen randalierten, lediglich acht Verdächtige ermittelt werden. Verurteilt wurde demnach bisher noch keine Person. Gleichzeitig wird immer wieder betont, wie wichtig eine zügige Strafverfolgung ist, um einerseits zu vermeiden, dass Täter den Rechtsstaat als „schwach“ ansehen, andererseits aber auch um das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaates zu wahren. Insbesondere bei jugendlichen Straftätern wird darauf hingewiesen, dass die Reaktion auf ein Fehlverhalten ohne große zeitliche Verzögerung kommen muss. Es entsteht eine fatale Signalwirkung, wenn entsprechende Täter den Eindruck bekommen, dass nach ihren Taten nicht viel passiert. Eine gute personelle Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden und der Justiz ist hier ein wesentlicher Schlüssel für Verbesserungen.

Andererseits sind die Ursachen für die Gewaltausbrüche oft tiefergehend und erfordern nicht nur innen- und rechtspolitische Antworten, sondern auch sozialpolitische, bildungspolitische und integrationspolitische Maßnahmen. Die meisten Gewaltausbrüche fanden offenkundig in Stadtteilen und Quartieren statt, in denen viele Menschen - insbesondere auch junge Menschen - in sozial prekären Verhältnissen leben und aufwachsen, sich gesellschaftlich abgehängt fühlen und wenig Chancen für einen gesellschaftlichen Aufstieg sehen. Dies kann und darf keine Entschuldigung für Gewalt sein - gleichwohl stellt sich hier die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Situation und die Teilhabemöglichkeiten für die Menschen in diesen Stadtteilen zu verbessern. Erforderlich sind somit neben einem klaren und unmissverständlichen Stoppsignal für Gewalttäter auf der anderen Seite auch verbesserte Präventions- und Hilfsangebote, zum Beispiel im Bereich der Jugendsozialarbeit oder auch bei der Sozialarbeit mit Elternhäusern. Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) - Jochen Kopelke - hat in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines „Runden Tisches“ der maßgeblichen Akteure angeregt, um Konzepte und Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt und ihrer Ursachen zu entwickeln. In die gleiche Richtung geht der Gipfel gegen Jugendgewalt, der in Berlin nach den Silvesterkrawallen eingerichtet wurde und entsprechende Handlungskonzepte erarbeiten soll.

Auch im ebenso von den Krawallen betroffenen Nordrhein-Westfalen muss die Landesregierung jetzt tätig werden. In Nordrhein-Westfalen existiert mit dem Landespräventionsrat seit vielen Jahren ein Gremium, das die Landesregierung in übergreifenden Fragen der Kriminalprävention berät und dessen Potenzial in der Praxis häufiger genutzt werden sollte. Dem Landespräventionsrat gehören von mehreren Ressorts der Landesregierung entsandte Fachleute sowie Vertreterinnen und Vertreter von staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen, Organisationen, Verbänden und Vereinen an, die sich in Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiet der

Kriminalprävention engagieren. Hierzu gehören unter anderem Vertreter aus den Bereichen Polizei, Kommunen, Sozialarbeit, Jugendarbeit, Integrationsarbeit und Opferschutz. Der Landespräventionsrat hat dabei die Aufgabe, die überörtliche Entwicklung der Kriminalität und ihrer Entstehungsbedingungen zu analysieren und auf dieser Grundlage Präventionskonzepte und -projekte sowie gesamtgesellschaftliche Gegenstrategien zu entwickeln. Die Landesregierung muss jetzt die Initiative ergreifen, damit dieses Gremium - unter Hinzuziehung weiterer Akteure z.B. aus dem Bereich der Wissenschaft oder der Feuerwehren - in einem mittelfristig angelegten Arbeitsprozess über alle beteiligten fachlichen Ebenen Konzepte zur Bekämpfung der Gewalt erarbeitet. Insbesondere sind dabei auch verbesserte Konzepte für eine Kommunale Kriminalprävention und den Aufbau Kriminalpräventiver Räte in den Kommunen zu entwickeln.

II. Der Landtag stellt fest:

- Gegen Gewaltexzesse und Angriffe auf Einsatzkräfte wie in der Silvesternacht muss unser Rechtsstaat mit aller Entschlossenheit vorgehen. Die Taten müssen konsequent und zügig geahndet werden.
- Wir alle sind den in der Silvesternacht tätigen Kräften von Polizei, Feuerwehren und Rettungsdiensten für ihren schwierigen und gefährlichen Einsatz zu großem Dank verpflichtet! Diesem Dank müssen auch honorierende Maßnahmen folgen, die für die Betroffenen spürbar sind. Mit Blick auf die von der Landesregierung angekündigte Modernisierungsoffensive muss festgestellt werden, dass strukturelle Verbesserungen zur Steigerung der Attraktivität einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst nicht kostenneutral zu bewerkstelligen sind.
- Das Land steht in der Pflicht, alles im Rahmen seiner Möglichkeiten zu tun, um den Schutz der Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten vor Angriffen sicherzustellen.
- Es müssen weitere und verbesserte präventive Konzepte für die tiefergehenden Ursachen der Gewaltausbrüche erarbeitet werden. An der Entwicklung bzw. Weiterentwicklung solcher präventiven Maßnahmen sind alle relevanten Akteure aus Politik, Justiz, Polizei, Feuerwehren und Rettungsdiensten, Sozialarbeit, Jugendarbeit, Integrationsarbeit und Opferschutz zu beteiligen.

III. Beschlussfassung

Die Landesregierung wird aufgefordert:

- Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die nordrhein-westfälischen Strafverfolgungsbehörden und die Gerichte zügig und konsequent Gewalttäter wie in der Silvesternacht ermitteln und damit zusammenhängende Straftaten ohne große zeitliche Verzögerung konsequent ahnden können. Hierzu sind insbesondere auch weitere Maßnahmen zur besseren personellen Ausstattung der Justizbehörden in die Wege zu leiten. Zudem ist dafür Sorge zu tragen, dass das für die Polizei verkündete und im vergangenen Jahr verfehlte Ziel zur Neueinstellung von 3.000 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern in diesem Jahr erreicht wird.
- Vor dem Hintergrund der Gewaltexzesse unverzüglich die Initiative zu ergreifen, damit der Landespräventionsrat - unter Hinzuziehung weiterer Akteure z.B. aus dem Bereich der Wissenschaft oder der Feuerwehren - in einem mittelfristig angelegten Arbeitsprozess über alle beteiligten fachlichen Ebenen Konzepte zur Bekämpfung der Gewalt

erarbeitet. Insbesondere sind dabei auch verbesserte Konzepte für eine Kommunale Kriminalprävention und den Ausbau Kriminalpräventiver Räte in den Kommunen zu entwickeln.

- Zusätzliche Maßnahmen und Konzepte zu entwickeln, um spezifisch in Stadtteilen mit prekären sozialen Verhältnissen junge Menschen für den Dienst sowohl in der Polizei als auch in den Feuerwehren und Hilfsdiensten zu begeistern und auf diesem Weg in diesen Quartieren die Verbundenheit mit und das Vertrauen in unsere Einsatzkräfte zu verbessern. Hier ist insbesondere die Kinder- und Jugendarbeit z.B. mit Kitas und Schulen weiter auszubauen.
- Zur Verbesserung des Schutzes und der Sicherheit von Einsatzkräften in Feuerwehren und Rettungsdiensten eine gesetzliche Regelung zu erarbeiten, die Maßnahmen zum Schutz gegen Angriffe und Deeskalationstraining zum verbindlichen Teil ihrer Aus- und Fortbildung machen. Im Bereich des Rettungsdienstes könnte dies durch eine verpflichtende Integration in die gesetzlich vorgeschriebene jährliche 30-stündige Rettungsdienstfortbildung erfolgen.
- Das bisherige LKA-Lagebild „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte“ um Zahlen und Daten zur Entwicklung von Gewalt gegen Kräfte von Feuerwehren und Rettungsdiensten zu ergänzen.
- In Abstimmung mit den betroffenen Kreispolizeibehörden und Kommunen die Einrichtung weiterer Waffenverbotszonen in Stadtquartieren mit erhöhtem Kriminalitätsaufkommen zu prüfen. Ein besonderes Augenmerk ist hier auf den Besitz von Schreckschusspistolen zu legen. In diesen gefährdeten Zonen sollte vermehrt über ein Verbot von Feuerwerkskörpern nachgedacht werden.
- Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in den Kommunen die Quartiersarbeit durch Sozialarbeiter gestärkt wird und den Kommunen weitere Finanzmittel für eine Verstärkung der Quartiersarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Elisabeth Müller-Witt
Christina Kampmann
Sonja Bongers

und Fraktion